



Unruhe im Justizvollzug

Das Corona-Virus hat uns fest im Griff. Das öffentliche Leben im Land wird auf ein Mindestmaß heruntergefahren.

Geschäfte, Restaurants, Frisörbetriebe und Spielplätze wurden geschlossen, Menschenansammlungen verboten und nun wurde auch ein Kontaktverbot im öffentlichen Raum verhängt.

Während die öffentlichen Schulen und KITAS zur Verlangsamung der Ausbreitung des VIRUS schon längst geschlossen wurden, wird im Justizvollzug noch immer so getan, als wäre nichts passiert, und der normale Dienstbetrieb mit Schule und Arbeit wird fortgesetzt. Wir erkennen an, dass man mit dieser Haltung Druck von den Stationen nehmen will. In Anbetracht der durchaus realen Gesundheits- und sogar Lebensgefahr ist das aber eine falsche Entscheidung, die unser aller Leben bedroht.

Wir fordern vom Justizsenator:

- die Bewegungen und Kontakte außerhalb der Stationen sind sofort auf ein Minimum zu reduzieren. Die frei werdenden Bediensteten könnten dann auf den Stationen für Beschäftigungsmaßnahmen in Kleingruppen eingesetzt werden.
- Darüber hinaus regen wir an, dass den Anstaltsleitungen die Möglichkeit gegeben wird, sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht zwingend zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes erforderlich sind, nach Lagefordernis flexibel von ihrer Präsenzpflcht zu entbinden oder mit Homeoffice auszustatten. Diese Maßnahme könnte nicht nur zum Schutz der MitarbeiterInnen, sondern auch dem Aufbau einer Reserve dienen für den Fall, dass das Virus zu erheblichen Krankenständen führt. In Schleswig-Holstein werden ab dieser Woche mit Ausnahme der Versorgungsbetriebe komplett eingestellt. Die Übertragung des Corona-Virus innerhalb der Vollzugsanstalten ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht mehr auszuschließen. Denn: Fast alle Bediensteten haben direkten Kontakt zu den Gefangenen, Abstand in ausreichendem Maße zu halten ist oftmals nicht möglich. Viele Gefangene haben zudem in der Regel ein schlechtes Immunsystem (Suchterkrankungen, HIV), die Hygienestandards sind unzureichend. Kontakte der Gefangenen untereinander sind kaum zu vermeiden.

Dieter Westphal

GDP Kommissionsleiter Justizvollzug

mailto: dieter.westphal@justiz.hamburg.de